

Die SPD erneuern – aber wie?

Ein Beitrag von Andreas Jäger (OV Hamburg-Schnelsen)

Zu einer weitreichenden Aufgabe – eine Partei neu aufzustellen – gehört eine möglichst genaue Analyse des Ist-Zustandes der Partei und - unter dem Gesichtspunkt zukünftiger Vorhaben – des politischen Umfeldes (Zustand „der Politik“ in der Bundesrepublik und in Europa). Hier haben Profis eine große Aufgabe, Amateure können aus der Ortsvereinsperspektive nur unvollständige Hinweise und Vorschläge machen.

Hier nun ein paar Überlegungen mit einem Blick von außen (Parteimitglied seit 1974, SHB-Mitglied und anschließend Mitbegründer der Hamburger JUSO-Hochschulgruppe, seit 1990 aus beruflichen Gründen eher passives Mitglied der SPD, Lehrer (Deutsch, Geschichte, PGW), Schulrat (für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer) und Schulleiter):

Die SPD hat in den vergangenen Jahrzehnten aus verschiedenen Gründen ihr WählerInnenpotential verringert.

- 1) Der Hinweis auf die Entwicklung einer grünen Partei und einer erstarkten Linken als Abwanderungsziel ehemaliger SPD-Wählerschaft ist zwar ein alter Hut, muss aber vor dem Hintergrund zukünftiger Handlungsstrategien noch einmal erfolgen.
- 2) Insbesondere die in einer großen politischen Auseinandersetzung um die Zukunft von Wirtschaft und Sozialstaat in einer globalisierten Welt entwickelten Ideen seit Mitte der 90er Jahre (Agenda 2010) werden in ihren deutlich nachteiligen Wirkungen (Leiharbeit, Werkverträge und andere Formen der billigen Arbeit) der SPD zugerechnet (ungefähr 40% der Beschäftigten haben in den letzten beiden Jahrzehnten einen Reallohnverlust erlitten). Von den positiven Effekten der Agenda hat die CDU/CSU bis heute profitiert, die SPD hat sie der CDU-Kanzlerin als Spielfeld überlassen.
- 3) Die Einbindung der SPD in eine Große Koalition hat für die Partei immer den Nachteil gehabt, dass eigene Positionen in der für richtig erkannten Form sich nur selten durchsetzen lassen bzw. schnell von der CDU/CSU Kanzlerin vereinnahmt werden, wenn dies dennoch gelingt. Die durchaus vorhandenen sozialpolitisch guten Beschlüsse werden von vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht der Partei als Erfolge angerechnet, sie werden als Ergebnis richtiger Regierungspolitik gewertet und damit der Kanzlerin zugeschrieben.
- 4) In einer Medienlandschaft, die selbst die Berichterstattung über Politik eher auf Skandalisierung und persönliche Konflikte ausrichtet, können Wählerinnen und Wähler nur durch intensive eigene Bemühungen politische wichtige Unterschiede herausarbeiten. Dies überfordert die große Mehrheit der Wählerschaft und der Partei ist es angesichts dieser Presselandschaft kaum gelungen, die Erfolge in der Koalition deutlicher zu benennen. Dies gilt noch stärker für die Punkte, in denen die CDU/CSU Vorhaben der SPD blockiert hat. Im gerade abgelaufenen Bundestagswahlkampf hat dies dazu geführt, dass die Bürgerinnen und Bürger vielfach die Forderungen der SPD mit dem Hinweis kommentierten: Warum habt ihr es denn nicht schon gemacht? Der SPD wurde auf der Ebene des Bundes nicht mehr vertraut, da sie ja vermeintlich die Chance hatte, ihre Politik umzusetzen.

- 5) Die gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen (deutliche Zuwanderung aus unterschiedlichen Kulturkreisen, weitere wirtschaftliche Veränderungen durch Globalisierung und Digitalisierung, widersprüchliche Entwicklungen in der EU und Gesamteuropa, wieder auflebende und neue Konflikte in vielen Regionen der Welt (Terrorismus/Großmachtstreben) mit zunehmenden Auswirkungen auf Deutschland) führen zu einer deutlichen Verunsicherung der Bevölkerung. Dies wird begleitet von einer wachsenden Bereitschaft, sich einfacheren Erklärungen anzuschließen, wie in Europa und auch bei uns erkennbar wird. Vor dem Hintergrund vermeintlicher Gefährdung oder der tatsächlichen Abkopplung von einem sicheren und auskömmlichen Leben werden auch in naher Zukunft mehr Menschen populistischen Positionen und Parteien zuneigen und dafür sogar demokratische Prinzipien in Frage stellen.
- 6) Die für das WählerInnenverhalten so wichtige Kategorie Vertrauen (Vertrauen darauf, dass die zu wählenden Personen die von ihnen benannten politischen Vorhaben auch umsetzen) ist der SPD bei dieser Bundestagswahl nicht im hinreichenden Maße entgegengebracht worden – im Gegensatz zu den Niedersachsenwahlen – hier hat Ministerpräsident Weil genau an diesem Vertrauen gearbeitet. Der Bundespartei bleibt nur eine kleine Zeitspanne von ca. zwei Jahren, um ihre Politik für die Zukunft zu entwickeln und in konkrete Forderungen umzusetzen. Nur handfeste, für den Wähler und die Wählerin verstehbare Vorhaben mit unmittelbaren Auswirkungen auf ihr Alltagsleben bieten die Chance, Vertrauen in die Politik der SPD zurückzugewinnen.

Bevor über die Frage gesprochen werden kann, was die SPD also in Zukunft besser machen kann oder welche Parameter genauer beachtet werden müssen, möchte ich noch auf gesellschaftliche Entwicklungen hinweisen, die mit bedacht werden müssen, wenn die SPD wieder zu einer stärkeren Partei werden möchte.

Wir haben - eben auch in Mitregentschaft der SPD – eine Zweiklassengesellschaft im Bereich der Gesundheitsversorgung. Dies wird von den Bürgerinnen und Bürgern tagtäglich in Erfahrung gebracht und wird als ausgesprochen ungerecht empfunden.

Diese Ungerechtigkeit gilt auch für die Verteilung der Einkommen. Wie schon angesprochen werden immer mehr Menschen von der guten wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt. Diese Menschen sehen in der Politik der SPD bzw. in der etablierten Politik überhaupt keine Ansprechpartner mehr für ihre Probleme. Dies ist eine massive Gefährdung unseres bisherigen Demokratiemodells, die selbst schon vom IWF thematisiert wird.

Es lassen sich hier noch weitere wichtige Lebensbereiche benennen, in denen das oben Gesagte gilt:

Die Entwicklung der Mieten in den Ballungsräumen, die ungerechte Gestaltung der Steuern für die Normalverdienerinnen und -verdiener im Vergleich zu Großunternehmen in und außerhalb von Europa, den Rückzug des Staates aus der Schaffung verlässlicher Infrastruktur auf dem Lande usw..

Dies hat in der Summe zu einem großen Vertrauensverlust bei ehemaligen Wählerinnen und Wählern der SPD und gegenüber der etablierten Politik überhaupt geführt. Dieser muss dringend bearbeitet werden, um auch für die Zukunft eine stabile Demokratie zu erhalten, gerade auch vor dem Hintergrund möglicher negativer Entwicklungen im Bereich der Wirtschaft. Es entsteht zunehmend der Eindruck, dass nicht durch eine demokratische Wahl legitimierte Machtkomplexe (weltweit operierende Finanzkonzerne etc.) politische Entscheidungen stark beeinflussen oder bestimmen, deren negative Folgen von der Gemeinschaft getragen werden müssen (z. Bsp. HSH-Nordbank).

Die SPD hat im Wahlkampf Forderungen aufgestellt und politische Schritte vorgeschlagen, die diese Probleme – zumindest zum Teil – angehen sollten. Es ist ihr aber nur zum geringen Teil gelungen, diese Forderungen auch in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit und ins Bewusstsein der Wähler zu stellen. Warum?

Nach einer relativ späten Benennung des SPD-Kanzlerkandidaten (wenig Vorbereitung der Kampagne in Bezug auf Martin Schulz) zeigte die Thematisierung der sozialen Gerechtigkeit, dass die SPD damit eine gesellschaftlich relevante Thematik in den Fokus gestellt hatte. Angesichts der knappen Zeit bis zum Herbst hätte nun sofort eine Konkretisierung der Forderungen der SPD zu diesem Kernthema erfolgen müssen, aber leider blieb dies in der Wahrnehmung der Bevölkerung bis auf einen Aspekt (ALG I verlängern) aus. Dass der Kanzlerkandidat nach dem Ruf nach sozialer Gerechtigkeit zunächst in der Versenkung verschwand und anschließend eher Kleinschrittigkeit erkennen ließ, hat dem Wahlkampf sehr geschadet. Statt die eigenen Positionen rechtzeitig in den Vordergrund zu stellen und damit auch noch Einfluss auf die Landtagswahlen zu nehmen, musste die SPD nach dem Sommerurlaub den Setzungen durch die CDU/CSU und der AfD hinterherlaufen (siehe Duell).

Der unterlegene Kanzlerkandidat hat im Zusammenhang mit dem Wahlsonntag keine glückliche Figur gemacht, dennoch muss jetzt beachtet werden, dass die Diskussion um Personen und Posten zum jetzigen Zeitpunkt der Partei nur weiteren Schaden zufügen kann. Die Schlussfolgerung der Partei aus dem schlechten Wahlergebnis, in die Opposition zu gehen, ist gut und zwingend, will sie sich neu aufstellen, um in vier Jahren wieder in die Regierung zu kommen. Für das Jahr 2018 bedeutet dies, es müssen die Inhalte für die zukünftige Gestaltung einer lebenswerten Gesellschaft in der SPD diskutiert werden.

Zu den inhaltlichen Vorstellungen für die Zukunft, die ja sinnvoll durch die Regionalkonferenzen abgerufen werden, kann ich hier nur Schlagworte benennen, eine notwendige Konkretisierung muss nach ausführlicher Diskussion durch die Spezialisten erfolgen. Hier könnten das Willy-Brandt-Haus und die Fraktion eine wichtige Rolle spielen:

Die Weiterentwicklung eines Planes für die Zukunft von Europa (Europa als enges politisches Bündnis oder ein Europa der Nationalstaaten? Wie soll in Zukunft mit Staaten in der EU umgegangen werden, die sich nicht an die Beschlüsse der EU halten oder den Wertekonsens der Ursprungsländer nicht teilen, wie z. Bsp. Malta oder osteuropäische Staaten) Hier fehlt eine für alle Deutschen klare Ausrichtung der SPD zum Bsp. zu den Vorschlägen Frankreichs.

Schaffung eines gerechteren Steuersystems, das die Menschen mit geringen oder normalen Einkommen entlastet und die Steuerschlupflöcher für höhere Einkommen und große Konzerne schließt (Versteuerung von Gewinnen und Einkommen dort, wo das Geld verdient wird!)

Gestaltung eines Gesundheitswesens, das in seinen Leistungen für alle Bürgerinnen und Bürger in gleicher Weise zur Verfügung steht (Bürgerversicherung).

Schaffung von genügend Wohnraum zu bezahlbaren Mieten durch Wohnungsbauprogramme für Sozialwohnungen und eine wirksame Mietpreisbremse. Beschneidung der Spekulationsmöglichkeiten mit Wohnraum.

Weitere Stärkung von Familien und Alleinerziehenden durch eine flankierende Sozialpolitik des Staates, um wieder ein kinderfreundliches Land zu werden und spätere Altersarmut zu vermeiden.

Die SPD muss wieder stärker die Rolle des Staates bei der Daseinsvorsorge für die Menschen in der Bundesrepublik betonen. Unsere Demokratie kann am besten durch eine Politik gesichert werden, die den Staat (Bund, Länder und Gemeinden) als Garanten für bessere und gerechtere Lebensverhältnisse erkennbar macht. Dies ist auch die beste Form der Bekämpfung antidemokratischer Tendenzen.

- a) Die Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land muss garantiert werden. Dies gilt für die Fragen des Verkehrs, der Bildungseinrichtungen, der Gesundheitsversorgung und auch der Kultur. Hier erweist sich, ob der Staat (Bund, Länder und Kommunen) im Sinne der Bürger leistungsfähig ist, also „ihr Staat“ ist, oder ob die wirtschaftlichen Interessen der privaten Dienstleister ausschlaggebend sind. In diesen Fragen muss sich die SPD mit wirtschaftlichen Interessen anlegen, zum einen durch den Abbau zunehmender Privatisierung in Kernbereichen der Daseinsvorsorge, zum anderen in der Frage der Finanzierung dieser Aufgaben durch erhöhte staatliche Einnahmen (Besteuerung von Kapitalerträgen und Finanztransaktionen).
- b) Die Gestaltung der Arbeitswelt muss wieder stärker als staatliche Aufgabe begriffen werden, die sich an den Vorstellungen einer wirklichen sozialen Marktwirtschaft orientiert (Korrektur von Auswüchsen, die eine ungebundene Marktwirtschaft mit sich gebracht hat). Dazu gehört auch die Fortschreibung und Verbesserung eines Rentensystems, das die Arbeitnehmer langfristig absichert, die Jungen nicht weiter belastet und die Unterschiede zwischen Ost und West beendet.
- c) Ein zentraler Kern von zukünftiger SPD-Politik muss die Absicherung und Weitergestaltung einer kindgerechten und leistungsfähigen Bildungslandschaft sein, die modernen Ansprüchen in vielfältigen Teilbereichen (Kindertagesstätten, Schulen, Universitäten) genügt. Gut ausgestattete Bildungseinrichtungen – auch durch eine wesentlichere Rolle des Bundes – sind Garanten für eine gelungene Qualifizierung der jungen Menschen und zugleich ein Mittel gegen die zunehmende Privatisierung von Bildungsaufträgen. Die Wahl in NRW hat gezeigt, wie schnell Wahlen auf diesem Gebiet verloren werden können.

Es ließen sich weitere Aspekte zukünftiger SPD-Politik (gesunde Umwelt) nennen, dies sprengt aber den Rahmen eines solchen Briefes. Entscheidend ist aus meiner Sicht, dass nach der sicher nicht ohne Kontroversen zu führenden inhaltlichen Diskussion ein konkretes Konzept zukünftiger Politik auf dem Tisch liegt, das in zentralen Punkten für die Bürgerinnen und Bürger verständlich aufbereitet ist. Hier liegt eine große Aufgabe für die Profis in der Politikvermittlung (Willy-Brandt-Haus?), denn eine Schwäche der SPD ist die fehlende didaktische Aufbereitung der bisherigen politischen Forderungen. Nicht immer einfache politische Sachverhalte überzeugend und für alle verständlich zu präsentieren, wird die nicht einfache Aufgabe des Parteiapparates sein. Dies ist umso schwerer – und deshalb muss ich es so betonen- in der Rolle der Opposition, denn die uns sicher nicht immer wohlwollende Presse- und Medienlandschaft wird auf die Vorstellungen der SPD vermutlich nicht immer genügend Aufmerksamkeit verwenden. Die Chance einer starken Opposition im Bundestag, kombiniert mit dem Nachweis konsistenter Politik in den Ländern, die die Vorstellungen der SPD praktisch betreibt, muss schnell genutzt werden, es könnte sein, dass in zwei Jahren sich dann auch Fragen nach neuem oder weiterem Personal (jünger, weiblicher) stellen wird, das neue Programme auch gut vertreten kann.